Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Juni 2013 Nr. 06 · 9. Jahrgang

Keine „Grüne Welle“ gegen endlosen Stau

Antrag der SVV-Fraktion DIE LINKE „Verkehrsfluss auf der Breiten Straße optimieren“ wurde abgelehnt

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Koordinierung aller Lichtsignalanlagen (LSA) des Straßenzuges der Breiten Straße von der Langen Brücke bis zur Zeppelinstraße derart zu optimieren, dass ein angemessener Verkehrsfluss erzielt wird“, so stand es in einem Antrag der Fraktion DIE LINKE für die SVV-Sitzung am 8. Mai 2013.

In der Begründung wurde ausgeführt: Seit Einrichtung der Baustelle in der Breiten Straße sind nunmehr zwei Spuren in beide Richtungen befahrbar. Die Situation mit den entfallenen oder verlagerten Abbiegespuren ist fast identisch mit dem Zielszenario der Verwaltung für die Zeit nach Fertigstellung der umgebauten Straße. Für dieses Zielszenario hat die Verwaltung, trotz Bedenken mehrerer Stadtverordneter, eine ausreichende Leistungsfähigkeit versichert. Auch als die Abriegelung der Friedrich-Ebert-Straße erfolgte, gab es zuvor Bedenken von Stadtverordneten, die seitens der Verwaltung als unbegründet zurückgewiesen worden waren. Nun wird seit einigen Wochen täglich stundenlang für alle sichtbar, dass die Verkehrsmenge von der aktuellen Steuerung der Lichtsignalanlagen nicht in ausreichendem Maße bewältigt



wird. Rückstaus bis zum Kreisel in Zentrum-Ost sind Alltag. So geht es nicht weiter! Berufstätige, Wirtschaftsverkehre und Touristen werden jeden Tag in endlose Staus gedrängt. Deshalb sind ausgehend von dem für ÖPNV bevorrechtigten Knoten mit der Zeppelinstraße alle folgenden Zwischenampeln in ihrer Hierarchie der grünen Welle auf der Breiten Straße unterzuordnen. Das gilt auch insbesondere in der Gegenrichtung für die Einmündungen vom Alten Markt, der Schloßstraße, der Dortustraße und der Schopenhauerstraße. Es ist mittels geeigneter Maßnahmen ein akzeptabler Verkehrsfluss auf der Hauptachse wiederherzustellen! Der Antrag der LINKEN wurde durch die Rathauskoalition abgelehnt!

(Mehr zum Stauproblem siehe Seite 8)

LINKE SPITZEN: Von Norbert Müller, DIE LINKE, Bundestagskandidat für den WK 61

Eine andere Bildungspolitik muss her!

In den vergangenen Wochen habe ich an einigen Diskussionsrunden und Podien zu Bildungspolitik teilnehmen können. Dabei ist immer wieder deutlich geworden, wo der Schuh drückt: Verdichtung von Unterrichtsstoff führt schon bei den Schülerinnen und Schülern zu Erschöpfungszuständen, es wird nicht mit Freude, sondern Verbissenheit gelernt. Gleichzeitig hat die in den letzten Jahren zunehmend von den Schulen verlangte Profilierung dazu geführt, dass schon ein Schulwechsel innerhalb Potsdams zum Problem werden kann – von Wechseln zwischen Bundesländern mal ganz abgesehen.

Hier ist die Landespolitik gefordert, endlich die Weichen in der Bildungspolitik umzustellen. Auch meine Partei DIE LINKE. Schule soll Ort sein, wo junge Menschen sich gerne und mit Lust Wissen aneignen. Wo sie lernen, dass es sinnvoll ist und Freude bereiten kann, wenn Stärkere Schwächere unterstützen. Und wo nicht Konkurrenzkampf, Ellenbogengesellschaft und die bestmögliche Verwertbarmachung der eigenen Arbeitskraft trainiert werden sollen. Dass in Potsdam dabei die vor Jahren längst abgeschriebenen Gesamtschulen inzwischen aus allen Nähten platzen zeigt, dass viele Eltern und Schüler sich abwenden von früher Selektion, Leistungsdruck und „Bulimielernen“ und Alternativen suchen.



Potsdam hat aber dazu ganz spezifische Probleme in der Bildungspolitik. Als Stadt mit großem Zuzug von jungen Familien und vielen Geburten steigt der Bedarf an Schulplätzen. Ich will nicht, dass dieser Bedarf zunehmend mehr durch Privatschulen gedeckt wird. Deswegen braucht die Stadt mehr öffentliche Schulen. Diese müssen gebaut und unterhalten werden. Das kann die Stadt nicht allein.

Das vor 10 Jahren von SPD, CDU/CSU, Grünen und FDP ins Grundgesetz geschriebene Kooperationsverbot in der Bildungspolitik muss dabei endlich fallen. Es besagt, dass es dem Bund verboten ist, den Ländern in Fragen der Bildungspolitik zu helfen. Potsdam und andere Brandenburger Städte werden aber genau diese Hilfe brauchen, um dringend nötige neue Schulen zu bauen.

Bei der Bundestagswahl am 22. September geht es auch darum, dass Kooperationsverbot zu kippen und ein öffentliches Investitionsprogramm für Schul- (und Kita-)ausbau auf den Weg zu bringen.

In dieser Ausgabe

LINKS INFORMIERT

3 Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa. Nachlese 1. Mai 2013 in Potsdam



LINKS IM RATHAUS

5 Doppelhaushalt knapp beschlossen/DIE LINKE konsequent für Tourismusbeitrag

POTSDAM MITTE/ NÖRDLICHE ORTSTEILE

6-8 Zehn Jahre nach Gebietsreform/Drei neue „Stolpersteine“ für Potsdam/Inklusion und Verkehrssituation

LINKS UND JUNG

10 Jugend? Macht! Politik – JUMP/Aus dem „freiLand“ informiert/Politikersprache entmutigt Jugendliche

NACHDENKEN

11 Gedenken 8. Mai – damit wir heute leben können/ DEADLY DUST – Filmdiskussion

Informationen der Redaktion

Die Redaktionssitzung für unsere Juli-Ausgabe ist am Montag, 3. Juni 2013, ab 16.30 Uhr in der Geschäftsstelle.
Redaktionsschluss ist am 19. Juni.
Die Juli-Ausgabe erscheint am 28. Juni.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; ***Sascha Krämer,*** Vorsitzender. Dortustraße 53, 14467 Potsdam.
REDAKTION: medien**punkt** potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam ***Bernd Martin*** (V.i.S.d.P.); ***Rainer Dyk,*** Redakteur; ***H. Jo. Eggstein,*** Layout; ***Jens Hörnig,*** Reisen, Service; ***Renate Frenz,*** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv, Bergmann (2)
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Kommentiert:

Symbolträchtig gegen linken Antifaschisten

Man mag es nicht glauben: Für die Mehrheit der derzeitig gewählten Stadtverordneten ist Otto Wiesner nicht wert, mit einem Straßennamen in Potsdam geehrt zu werden.

Schon 2010 anlässlich seines 100. Geburtstages hatten die LINKE und Die Andere den Antrag gestellt, einen Platz oder eine Straße nach dem Potsdamer Antifaschisten Otto Wiesner zu benennen. Das rief offensichtlich diejenigen auf den Plan, die es nicht vertragen können, dass ein überzeugter antifaschistischer Widerstandkämpfer, der elf Jahre seines Lebens in Zuchthäusern und Konzentrationslagern verbringen musste, auch noch Kommunist ist und der den Sinn seiner letzten Lebensjahrzehnte darin sah, als Schriftsteller und Zeitzeuge, als Verfolgter des Nazi-Regimes seine Erfahrungen zu vermitteln, vor allem die Jugendlichen vor der Gefahr die Wiederauflebens faschistischen Gedankengutes zu warnen. Seine Lebensleistung war anlässlich seines 95. Geburtstages mit der



Aufnahme in das Goldene Buch der Stadt Potsdam geehrt worden.

Nach dem Antrag der LINKEN war erstmalig eine Tiefenprüfung eines Straßennamens-Kandidaten veranlasst worden. Das Gutachten ergab: Otto Wiesner hatte 1948 bis 1953 bei der Parteikontrollkommission gearbeitet. Grund genug für bösartige Verdächtigungen und Unterstellungen der Unlauterkeit. Zu einem „Faustschlag ins Gesicht der Opfer der SED-Diktatur“ verstieg sich Hans-Wilhelm Dünn (CDU), würde man eine Straße nach Otto Wiesner benennen. Als überzeugter Antifaschist im innerparteilichen Kontrollgremium zu arbeiten, auf dass eine Gesellschaft aufgebaut werde, in der faschistisches Gedankengut nie wieder eine Grundlage habe, reicht demjenigen, der noch nicht einmal geboren war, als Otto Wiesner im KZ gesessen hatte, um über diesen den Stab zu brechen.

Hans-Jürgen Scharfenberg hatte vorher noch einmal appelliert: Symbolträchtig sei diese Abstimmung am 8. Mai (schon einmal sollte am 30. Januar abgestimmt werden!). Und: Nach einer Ablehnung werde man diese Maßstäbe an alle Straßennamen in der Stadt anlegen müssen. „Dann hätte wohl kaum einer Bestand, auch nicht die Widerständler des 20. Juli.“

Nur die Antragsteller stimmten dafür (16), 22 Abgeordnete dagegen.

Na dann prüfen wir mal: bei den Militärs, bei den Oberhäuptern der Mark, bei den Schauspielern... *-rd*

Potsdamer Neonazi-Kader beim NSU-Prozess in München

Beim NSU Prozessauftakt am Montag im Münchener Oberlandesgericht war auch Maik Eminger, Bruder des Angeklagten André Eminger, anwesend. Auf seinem Grundstück in Grabow (Potsdam-Mittelmark) wurde sein Bruder am 24. November 2011 von der GSG-9 festgenommen. Dieser soll das Bekennervideo für die NSU produziert und weitere Unterstützungsarbeit geleistet haben.

Zusammen bauten die Zwillingsbrüder zur Jahrtausendwende die Kameradschaft „Weiße Bruderschaft Erzgebirge“ auf. In den nachfolgenden Jahren war er aktiv für die neonazistische brandenburgische Organisation „Schutzbund Deutschland“ und zeichnete sich als Verantwortlicher im Sinne des Presserechts für Publikationen der Gruppierung. „Schutzbund Deutschland“ wurde im Jahr 2006 verboten. Kurz darauf brachte ein als „Bewegung Neues Deutschland“ produziertes Flugblatt den presserechtlich Verantwortlichen Maik Eminger vor Gericht. Potsdamer und Leipziger Neonazis, darunter Sebastian Glaser, Mirko Kubeler, Tom Singer und Istvan Repaczki sowie Tommy Naumann, demonstrierten 2007 vor dem Neuruppiner Landgericht und forderten „Meinungsfreiheit für Maik E.“.



Kurze Zeit später standen Sebastian Glaser und Maik Eminger zusammen vor Gericht, da sie zusammen „Rudolf-Heß-Gedenkplakate“ in Potsdam klebten. Eminger war Organisator dieser Aktion und lagerte die Plakate.

Darüber hinaus ist Eminger Vorsitzender der „Junge Nationaldemokraten“ Potsdam (JN). Zusammen mit Marcel Guse, Carsten Schicke und weiteren Neonazis besuchte er am 16. Februar 2009 eine Bürgerversammlung am Schlaatz, auf der über ein neues Asylsuchendenheim diskutiert werden sollte. Im Mai 2010 nahm er, zusammen mit den Potsdamer Neonazis Marcel Guse, Thomas Pecht, Benjamin Oestreich u.a., an einem NPD-Aufmarsch in Brandenburg/Havel teil und trat als Redner auf.

Maik Eminger lebt mit seiner Frau in Grabow. Das ummauerte Gehöft dient für germanische Volksfeste (Sommersonnenwende, Erntedankfest) und wird vermutlich als Bildungszentrum genutzt. Ihre Kinder tragen germanische Namen, eines sogar den Namen „Adolf“. Unweit davon, in Wittbrietzen, lebt Marcel Guse – ein ehemaliger Potsdamer Stadtverordneter der NPD und Jünger von Maik Eminger.

Am Montag, 6. Mai 2013, tauchte Maik Eminger mit dem verurteilten Neonazi und Mitglied der „Kameradschaft München“ Karl-Heinz Statzberger vor dem Gerichtsgebäude als Unterstützer der Angeklagten auf. Nachdem einige ZuschauerInnen das Gebäude verließen, konnten auch die beiden Neonazis dem Prozess im Gerichtssaal folgen, zum Unverständnis aller Angehörigen der Opfer und ProzessbeobachterInnen.

Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa.

Nachlese: 1. Mai 2013 in Potsdam
Ministerin Anita Tack und Bundestagskandidat Norbert Müller im Polittalk dabei

Unter dem Motto der Schlagzeile fanden die diesjährigen Feierlichkeiten des DGB zum 1. Mai bundesweit statt. In Potsdam starteten sie traditionell mit einem Demonstrationszug um 10.15 Uhr. Vom Platz der Einheit aus bewegte sich die Demo mit Trommeln, Trillerpfeifen und Tröten „bewaffnet“ dann über die Friedrich-Ebert-Straße, Hegelallee bis zum Jägertor. Dort fand in diesem Jahr das Mai-Fest statt.



In Polit-Talk-Runden diskutierten u. a. Ministerin Anita Tack und Bundestagskandidat Norbert Müller (beide DIE LINKE) sowie Vertreter anderer Parteien zu o. g. Motto.

Arbeit ist und bleibt Quelle gesellschaftlichen Wohlstands. Die Integration in den Arbeitsmarkt ist für die Menschen Voraussetzung für Teilhabe, Selbstbestimmung und Anerkennung. „Gute Arbeit“ bedeutet Beschäftigung in sozial abgesicherten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen unter belastungsarmen und lernfördernden Arbeitsbedingungen mit einer gerechten Entlohnung. So waren sich alle Politiker weitgehend einig in ihrer Forderung nach der Einführung eines Mindestlohnes. Während jedoch die SPD von 8,50 g ausgeht, forderten die LINKEN 10.00 Euro. Ein weiteres Thema war die Verbesserung der angespannten Mietensituation in Potsdam. Auch hierbei war eine relative Einigkeit der LINKEN und der SPD zu hören.



Anita Tack, Dr. Wolfram Adolphi im Gespräch mit Brunhilde Hanke.



Hans-Jürgen Scharfenberg ebenfalls gesuchter Gesprächspartner.

Die Schere zwischen Arm und Reich ist weiter auseinandergegangen, die Gefahr der Altersarmut wächst. Die soziale Balance in unserer Gesellschaft wird ins Wanken geraten, wenn das Nettovermögen des Staates weiter sinkt, während das Privatvermögen einiger Weniger wächst. Denn damit werden notwendige Transferleistungen und Zukunftsinvestitionen, zum Beispiel in soziale Infrastruktur und Bildung, erschwert oder verhindert und der Sozialstaat wird seiner Aufgabe nach Förderung von Chancengerechtigkeit nicht mehr nachkommen können.

Während der Anteil der in Normalarbeitsverhältnissen Beschäftigten an der Arbeitnehmerschaft gesunken ist, hat sich die Zahl der Erwerbstätigen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen erheblich erhöht. Mehr als ein Drittel ist in Leiharbeit, Mini- und Midijobs, Teilzeit oder befristeten Arbeitsverträgen tätig, meist unfreiwillig und nur zu einem Niedriglohn. Damit hat auch eine Verdrängung von Stammarbeitsplätzen stattgefunden. Mit der sogenannten „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes hat sich die soziale Spaltung unserer Gesellschaft vertieft. Zunehmende Lohnspreizung und Einkommensungleichheit befördern nicht soziale Gerechtigkeit, sondern führen zu deutlichen Ungleichheiten in den Lebenslagen der Menschen. Vor allem dazu, dass eine Vorsorge fürs Alter immer unmöglicher wird.

Einen weiteren Raum nahm die Diskussion zur Krise in Europa ein. Hierzu benannte Norbert Müller die deutsche Politik gegenüber den südeuropäischen EU-Ländern als „völlig unsozial“. Und weiter: „Es gibt in Europa einen Wirtschafts- und Währungskrieg der Großunternehmen gegenüber den Krisenstaaten.“



Die AG Seniorenpolitik wie immer aktiv.



Norbert Müller, Dr. Stefan Worseck und Michel Berlin hatten auch Einiges zu bereden.

Arbeit reicht immer seltener zum Leben

33,4 Prozent der Beschäftigten in Potsdam arbeiten zu Niedriglöhnen

Immer mehr Menschen in Deutschland verdienen trotz eines regulären Jobs zu wenig, um ohne staatliche Hilfe über die Runden zu kommen. Der Staat muss immer häufiger reguläre Löhne aufstokken. Das geht aus neuen Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) hervor. Danach ist die Zahl der Arbeitnehmer, die trotz eines Teilzeit- oder Vollzeitjobs mit einem Verdienst von mehr als 800 Euro brutto im Monat auf Hartz IV angewiesen sind, in den vergangenen vier Jahren kontinuierlich gestiegen.

So gab es dem Bericht zufolge 2012 im Jahresdurchschnitt etwa 323.000 Haushalte mit einem sogenannten Hartz-IV-Aufstocker, der ein sozialversicherungspflichtiges Bruttoeinkommen von mehr als 800 Euro bezog. 2009 waren es noch etwa 20.000 weniger. Noch deutlicher sei der Anstieg bei den Singles mit einem entsprechenden Verdienst: Ihre Zahl habe im selben Zeitraum um 38 Prozent auf etwa 75.600 zugenommen.

Arbeitnehmer, die ihren Lohn aufstokken müssen, arbeiten vor allem im Handel, in der Gastronomie, im Gesundheits- und Sozialwesen sowie als Leiharbeiter. Insgesamt waren 2012 durchschnittlich 1,3 Millionen Hartz-IV-Bezieher erwerbstätig, etwa genauso viele wie 2009.

Der hohe Anteil von Beschäftigten im Niedriglohnbereich in Potsdam ist ein Skandal. „Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 10 Euro pro Stunde ist längst überfällig“, erklärt der Kreisvorsitzende der LINKEN in Potsdam, Sascha Krämer. Laut einer Anfrage der Fraktion der LINKEN im Bundestag bei der Bundesagentur für Arbeit liegt in der Landeshauptstadt der Anteil der Vollzeitbeschäftigten, die lediglich einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle von 1.802 Euro erhalten, bei 33,4 Prozent. Das sind 17.818 vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Ausbreitung von Niedriglöhnen muss endlich gestoppt werden. Ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn nutzt nicht nur den Beschäftigten. Auch die Steuerzahler würden entlastet. In Potsdam bekommen 2.107 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Hartz IV-Leistungen, weil in der Regel ihr Lohn nicht zum Leben reicht.

Kein „Silbergroschen“ für die Feuerwehr

Juni 1873

Die „Potsdamer Feuerwehrmannschaft“ schreibt am 1. Juni 1873 ein Gesuch an die Stadtverwaltung: „Die Preise für Wohnungen und Lebensmittel, überhaupt für alle Bedürfnisse, sowie die hiesigen Communalabgaben sind derartig gestiegen, rsp. erhöht worden, daß unsere Löhnung für nächtliche Dienstleistung sich mit diesen nicht mehr vereinbart und wir daher dem Wohllöblichen Magistrat unsere ganzgehorsamste Bitte um 1. für eine Nachtwache 10 Silbergroschen (1M), 2. als Kleiderentschädigung vierteljährlich 3 Thaler (9M) gehorsamst zu gewähren, gerechtfertigt finden...“ Das Gesuch wird abgelehnt mit dem Hinweis, dass der Lohn den Lebenskosten durchaus entspreche.

Erfahrung bringt Hoffnung

Juni 1913

Die Feier aus Anlass des 25jährigen Thronjubiläums Wilhelm II. am 15. Juni 1913 in der Hof- und Garnisonkirche steht unter dem Bibeltext (Römer 5, 3-5): „Wir rühmen uns auch der Trübsale, dieweil wir wissen, dass Trübsal Geduld wirket, Geduld aber bringet Erfahrung, Erfahrung aber bringt Hoffnung, Hoffnung aber lässt nicht zuschanden werden.“

Gegen „Entartung der Sozialdemokratie“

Juni 1933

Clara Zetkin trug von allem Anfang an dazu bei, auch die Frauen als Teil der internationalen sozialen Bewegung zu begreifen und sie für den Sozialismus als eine gerechte Gesellschaft und irdisches Ziel zu gewinnen. „Als ich meine Berliner Freundinnen aufforderte“, sagte Clara Zetkin vor Frauenaktivistinnen zu Beginn der zwanziger Jahre in Moskau, „auf der zweiten internationalen Konferenz der sozialistischen Frauen in Kopenhagen 1910 einen Antrag einzubringen, der die Einführung eines internationalen Frauentags festlegte, so tat ich das mit der bestimmten klaren Absicht, einen revolutionären Mobilisationstag großer werktätiger Frauenmassen gegen die bürgerliche Gesellschaft zu schaffen ... gegen die zunehmende Entartung der Sozialdemokratie zur sanften Reformpartei.“ Weiter argumentierte sie: „Es war augenscheinlich für uns Linke, dass der 1. Mai, der von dem Gründungskongress der II. Internationale als revolutionäre Kundgebung beschlossen worden war, mehr und mehr von seinem ursprünglichen Sinne verlor, dass er mehr und mehr ein harmloser Feiertag wurde.“ Clara Zetkin hoffte, „dieser Verflachung und Versimplung aus dem weiblichen Proletariat aller Länder eine kraftvolle revolutionäre Demonstration entgegen stellen zu können, die ihrerseits belebend, erfrischend auf die Maifeier zurückwirken sollte“.

Clara Zetkin wollte die Sozialistinnen der ganzen Welt als eine Macht mit klarem, grundsätzlichem Bekenntnis sammeln. Sie erkannte, dass Produktionsverhältnisse immer auch Geschlechterverhältnisse sind. Das deutlich benennend, warb sie um die Frauen, die „politisch zu erwachen begannen“, sich gleichberechtigt an dem weltweiten sozialen Kampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu beteiligen. „Das Schicksal der einzelnen werktätigen Frau wird letzten Endes nicht bestimmt durch ihre Tugenden oder ihre Laster“, rief sie den Frauen zu. „Nein, es entscheidet sich ... nach der Klassenlage“.

Unvergessen bleibt Clara Zetkins couragierte Eröffnungsrede als Alterspräsidentin vor dem Deutschen Reichstag am 30. August 1932, in dem die NSDAP-Abgeordneten in ihren Uniformen lautstark dominierten. Das Gebot der Stunde sei die Einheitsfront aller Werktätigen, um den Faschismus zurückzuwerfen, erklärte sie. „Vor dieser zwingenden geschichtlichen Notwendigkeit müssen alle fesselnden und trennenden politischen, gewerkschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen zurücktreten.“ Clara Zetkin starb am 20. Juni 1933. Ihr Grab befindet sich an der Kremlmauer in Moskau. 600.000 Menschen gaben ihr das letzte Geleit. *Marga Voigt*

Marchwitza-Preis für „Acht Unzen Träume“

Juni 1968

Erstmals wird der von der Akademie der Künste der DDR gestiftete „Hans-Marchwitza-Preis“ vergeben; bei der Verleihung im Kulturhaus „Hans Marchwitza“ am 25. Juni 1968 sind als Gäste u.a. dabei: Eduard Claudius, Wieland Herzfelde, Kurt Maetzig, Hilde Marchwitza, Brunhilde Hanke; den Preis erhält der Schriftsteller Dieter Schubert für seine „Acht Unzen Träume“; die Laudatio hält Alexander Abusch. *-rt*

Freundschaftsinsel wird Naherholungsgebiet

Juni 1973

Anlässlich der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 in Berlin wird die Freundschaftsinsel unter Beibehaltung der Wasserachse und der Staudenanlage durch eine Mitarbeitergruppe des Wohnungsbaukombinates Potsdam umgestaltet und am 24. Juni 1973 als Naherholungsgebiet übergeben. Seitdem führt ein Weg an der Alten Fahrt zu einem Rosen- und Lesegarten mit einem kleinen Ausstellungspavillon, vorbei an dem „Gärtnerjungen“ (Karl-Heinz Schamal, 1963) und der „Inselplastik“ (Margret Midell, 1975). Aus der Unterkunft für Gärtner entstand eine „Grusinische Teestube“ mit 20 Plätzen. Geräumiger wurde das Inselcafé mit der dazugehörigen Terrasse. Die fünf Gruppen der Laternenträger standen auf der ehemaligen Breiten Brücke, die in der Wilhelm-Külz-Straße den Stadtkanal überspannte und sind ausgezeichnete Arbeiten der Gebrüder Johann David Räntz und Johann Lorenz Wilhelm Räntz aus dem Jahre 1765. Auch das 1800 angefertigte Geländergitter stammt von der gleichen Brücke. Der nordöstliche Teil der Insel ist der Erholung vorbehalten. Den Kindern stehen hier Spiel- und Kletterplastiken und ein Spielschiff – zugleich Puppentheater – zur Verfügung. Daran schließt sich eine Anlage des Freizeitsports für Kegeln, Tischtennis, Minigolf, Federball, Schach u.a. an. Hier können Spielgeräte und Liegestühle ausgeliehen werden, am nahen „Gondelteich“ auch Ruderboote. Eine Freilichtbühne mit etwa 300 Plätzen bietet Möglichkeiten für vielfältige kulturelle Veranstaltungen.



Beschlossen: Die Schüler der Coubertin-Schule können weiter professionelles Kochen lernen.

Doppel-Haushalt 2013/14 knapp beschlossen

Aus der Rede von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg in der Haushaltsdebatte der SVV

„Erstmalig liegt ein Haushaltsplan vor, der gleich für zwei Jahre gelten soll. Potsdam hat eine enorme Entwicklung genommen. Hier zeigen sich die positiven Wirkungen des Finanzausgleichsgesetzes, mit dem die kreisfreien Städte deutlich besser gestellt worden sind als in der Vergangenheit. Die rot-rote Landesregierung hat Wort gehalten.

Dabei sollte man allerdings nicht übermütig werden, denn manches was in Potsdam abläuft, liegt nahe am Luxus. Das Heiligtum der Wiederannäherung an den historischen Stadtgrundriss ist ziemlich kostspielig für uns alle. Für viele stellt es sich so dar, dass eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur umgestaltet wird, für viel Geld und auch mit erheblichen Verkehrseinschränkungen.

Stadt der Widersprüche

Potsdam ist eine Stadt der Widersprüche zwischen einem zur Schau gestellten Überfluss auf der einen Seite und vielfältigen realen Mängeln und Defiziten auf der anderen Seite.

Das wird durch den Bürgerhaushalt nicht ausgeglichen, den wir seit Jahren mit zunehmender Perfektion praktizieren, denn diese Teilhabe bleibt unverbindlich, da sie reinen Empfehlungscharakter trägt. Letztlich sollen damit die Haushaltsmittel nach inhaltlichen Schwerpunkten verteilt werden, die für die Bürger beeinflussbar und nachvollziehbar sind.

Wir sehen gute Chancen, dass sich diese positive Entwicklung auch in den nächsten Jahren fortsetzt, denn der stabile Bevölkerungszuwachs verschafft uns auch steigende Einnahmen.

Das bedeutet für Potsdam, sich der Lösung eines wachsenden Wohnungsproblems stellen zu müssen. Potsdam muss für die Potsdamer bezahlbar bleiben. Dazu gehört für uns der Staudenhof mit seinen fast 200 bezahlbaren Wohnungen im Zentrum der Stadt. Dazu gehört die Heidesiedlung in Babelsberg, wo wir auf dem besten Weg sind, diesen ursprünglich zum Verkauf vorgesehenen Bestand bei der Pro Potsdam zu halten und preiswert zu sanieren.

DIE LINKE schlägt vor, mit dem Haushalt 2014 beginnend einen städtischen Fonds zur Förderung von bezahlbarem Wohnen einzurichten. Damit könnten analog zu bereits von der Pro Potsdam praktizierten Maßnahmen stadtweit, also z.B. auch für die Wohnungsgenossenschaften, solche Maßnahmen gefördert werden.

Für sozialen Ausgleich

Für den sozialen Ausgleich fordern wir zum wiederholten Male die Einführung des kostenlosen Schulessens für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler. Als Deckungsquelle verweisen wir auf die nicht ausgeschöpften Mittel des Bildungs- und Teilhabepakets, immerhin 800.000 Euro, die nach mehrfacher Auskunft der Sozialbeigeordneten definitiv nicht ausgegeben worden sind.

Ich werbe für die Einrichtung einer qualifizierten Lehrküche in der Coubertin-Oberschule, ein Antrag, der ähnlich von der SPD und vom Bildungsausschuss gestellt wird.

Wir wollen erreichen, dass die Finanzierung des Uferweges in der Speicherstadt durch die Bereitstellung der notwendigen Eigenmittel der Stadt gesichert wird. Dazu soll ein Finanzierungskonzept erstellt werden.

Zu unseren die Kultur betreffenden Anträgen gehört die Uferbühne für das Hans-Otto-Theater. Bei unseren weiteren Kulturanträgen gibt es Überschneidungen mit den Anträgen der Kooperation. Vergessen haben Sie bei aller Spendierlaune der SPD, dass der Verein Kunsthaus einen Zuschuss in Höhe von 20.000 Euro erhalten und das Neue Kammerorchester mit zusätzlich 15.000 Euro bedacht werden sollte. Dass es dabei nicht an Geld mangelt, zeigen die vom Oberbürgermeister im Haushaltsnachtrag vorgeschlagenen jeweils 80.000 Euro für 2013 und 2014 für ein Kulturfestival Europa.

Wir haben unsere Anträge, insbesondere die Deckungsquellen nach der Ablehnung im Finanzausschuss, noch einmal überarbeitet und mit der Verwaltung abgestimmt.“

Die meisten Vorschläge der LINKEN abgelehnt

Mit 22 gegen 20 Stimmen brachte die Verwaltung mit den mehrheitlich beschlossenen Änderungsvorschlägen der Rathauskooperation im Wesentlichen ihren eigenen Haushaltsvorschlag durch. Die Vorschläge der LINKEN waren in der Mehrzahl abgelehnt worden. Einzig der Vorschlag der LINKEN, die Finanzierung eines Uferweges in der Speicherstadt aufzunehmen sowie die Betriebsfähigkeit der Motorsporthalle in Babelsberg zu erhalten, war beschlossen worden. *-red*

LINKE konsequent für Tourismusbeitrag

Der Oberbürgermeister hat den Stadtverordneten Anfang Mai seinen Vorschlag für den schon im Vorfeld heftig diskutierten Tourismusbeitrag vorgelegt. Dabei handelt es sich um ein anspruchsvolles Regelwerk, mit dem eine möglichst gerechte Beteiligung der etwa 15.000 Unternehmen gesichert werden soll, die in Potsdam vom Tourismus profitieren. Grundlage für eine solche Abgabe sind die von der Stadt aufgebrachten tourismusrelevanten Aufwendungen in Höhe von mehr als 10 Millionen Euro. Man kann schon jetzt sagen, dass sich die Befürchtungen von einer zu hohen Belastung der Händler und Gewerbetreibenden nicht bestätigt haben. So ist z. B. eine von der FDP initiierte stadtweite Kampagne von der Behauptung ausgegangen, dass jeder mit seinem Friseurbesuch diese Abgabe in Größenordungen finanzieren würde. Aus den Beispielrechnungen geht jedoch hervor, dass ein Friseurgeschäft mit 100.000 Euro Jahresumsatz einen jährlichen Beitrag in Höhe von 3,12 Euro leisten müsste. Auch bei Hotels oder für Campingplätze werden vergleichsweise moderate Summen fällig. Mit dem Tourismusbeitrag sollen Einnahmen von insgesamt etwa zwei Millionen Euro erzielt werden. Damit soll die touristische Infrastruktur gestärkt werden, was die Zahlung von einer Mio. Euro an die Schlösserstiftung als Ausgleich für den Verzicht auf die Einführung eines Parkeintritts einschließt. Der Satzungsentwurf ist in einigen Punkten noch zu hinterfragen, so z. B. zur konkreten Einordnung in drei Zonen, in die die Stadt unterteilt wird, zur Berechnung des so genannten Vorteilssatzes oder zur Senkung des bürokratischen Aufwands.

DIE LINKE setzt sich seit langem konsequent dafür ein, dass der Eintritt in alle Parks und Gärten der Schlösserstiftung frei bleibt, also kein Eintrittsgeld eingeführt wird. Der Stiftungsrat hat festgelegt, dass ein solcher Parkeintritt eingeführt wird, wenn bis Ende Juni 2013 in der Landeshauptstadt keine klare Beschlusslage für die Zahlung von 1 Mio. Euro an die Schlösserstiftung geschaffen ist. Daraus folgt, dass die Stadtverordneten in ihrer Sitzung am 5. Juni über die Satzung zum Tourismusbeitrag und die Vereinbarung mit der Schlösserstiftung zur Zahlung von 1 Mio. Euro zu entscheiden haben.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Freiwillig oder per Gesetz

Kommt man vom Norden über öffentliche Straßen nach Potsdam, fährt man seit nunmehr zehn Jahren immer erst durch seine Ortsteile. „Neue Ortsteile“ werden die vor zehn Jahren eingemeindeten Dörfer vielfach immer noch genannt – allerdings mit eigenen Ortseingangsschildern. Zumindest das ist sympathisch, dass das Gesetz zur Gemeindegebietsreform die noch bestehende Form ermöglicht hat, erst den Ort und dann darunter Landeshauptstadt Potsdam zu setzen – und bei weitem nicht nur eine Formalie. Es ist eine Frage des Respekts vor den historisch gewachsenen Strukturen, vor den Jahrhunderte alten Dörfern, für die die zehn Jahre Ortsteildasein vergleichsweise nur eine Episode sind.

Zurück zur Gemeindegebietsreform. Nach vielen, langen Diskussionen gab es am 07. Mai 2003 eine Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters, in der festgestellt wird.: „Mit dem Beschluss des Landtages zum Dritten Gesetz zur landesweiten Gemeindegebietsreform am 05.03. werden die Gemeinden Golm, Groß Glienicke, Fahrland, Neu Fahrland, Marquardt, Satzkorn und Uetz-Paaren zum Tag der Kommunalwahl 2003 in die Landeshauptstadt Potsdam eingegliedert.“ Weiter wird über die Übernahme des Personals, die Organisierung der Feuerwehr, des Öffentlichen Personennahverkehrs berichtet und wie Schulen, Sport und Kultur organisiert werden sollen. Erfasst wird auch das städtebauliche Entwicklungspotential in den neuen Ortsteilen.

Eingliederungsverträge, die nur die Gemeinden Neu Fahrland und Groß Glienicke abgeschlossen hatten, erwiesen sich im Nachhinein als wichtig. Gab die in der Phase der „Freiwilligkeit“ doch den Gemeinden die Möglichkeit, bestimmte Dinge für eine Übergangszeit zu regeln, wie etwa die Übernahme von Steuern und Satzungen der Landeshauptstadt oder – viel einträglicher – die Möglichkeit, die Erträge aus Immobilienvermögen im Ortsteil investiert zu wissen.

Die anderen Gemeinden wurden per Zwang eingemeindet. Also ohne Vertrag mit Potsdam. Dass sie allerdings weitgehend gleichbehandelt wurden, lässt sich ebenfalls feststellen, denn die Bildung von Ortsbeiräten zur Kommunalwahl 2003 und die Gleichbehandlung mit den Ortsschildern wurde auch für die Gemeinden beschlossen, die sich auch mit Klagen gegen die Eingemeindung gewehrt hatten.

(gekürzt aus: HEVELLER Februar 2013)

Politik für die gesamte Stadt

Gedanken zu 10 Jahren Gemeindegebietsreform/Von Sascha Krämer



















Am 26. Oktober 2003 wurde Potsdam größer. Nein, es gab an diesem Tag keine Häufung von Mehrfachgeburten. Sieben Umlandgemeinden wie Golm, Fahrland und Groß Glienicke wurden schlicht und einfach eingemeindet. Die Reaktionen darauf waren sehr verschieden. Einerseits wurde die kommunale Selbstverwaltung geschwächt. Die Bürgerbeteiligung wurde einschränkt und wird wohl auf lange Sicht verschwinden. An die viel beschworenen positiven finanziellen Effekte glauben nur wenige. Andererseits halten die Befürworter die kommunale Selbstverwaltung in Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern nicht für machbar. Daher wäre die Neugliederung notwendig und sinnvoll: vereinfachte und gebündelte Strukturen. Es entstünden so leistungsfähigere Einheiten. Weniger, aber dafür eine professionellere Verwaltung, so das Argument der „Eingemeinder“.

Im Vordergrund der Reform stand die Schaffung eines einheitlichen administrativen Raumes. Neben dem Prestigegewinn – Stadt mit der höchsten Wissenschaftsdichte – sollten diese Eingemeindungen auch der Lösung oder zumindest den Stadt-Umland-Konflikt mindern. Dieser besteht darin, dass der Verwaltungsraum nicht mit dem zu bewältigenden Aufgabenspektrum übereinstimmt. Potsdam übernimmt als Oberzentrum Aufgaben für andere Verwaltungsräume. Einfacher gesagt, die Randgemeinden nutzen die Dienstleistungen der Stadt kostenlos.

Einige Konflikte, wie die Abwanderung der Bevölkerung und der Wirtschaft in das Umland, konnten mit dieser Eingemeindung gelöst werden. Aber mit den Eingemeindungen wurden „nur“ die Umlandgemeinden, die sich in einem Umkreis von 15 km befanden, eingegliedert. Die größere Stadt hat ein neues Umland mit neuen Problemen. Hinzu kommt, dass Potsdam keinerlei Erfahrung mit den neuen Ortsteilen hat, viel zusätzliche Arbeit.

Alternativen sind vorhanden – die „Region Hannover“ zeigt sie. Eine Gemeindegebietsreform führt stets zur Auflösung von gewachsenen Strukturen. Verständlich, dass sich die Bevölkerung gegen die Eingliederung, so im Fall von Golm, zur Wehr setzt. Bei der Schaffung einer Region werden Grenzen nicht verändert. Eine größere Zahl von Kommunen kann innerhalb einer Organisation zusammengeschlossen werden. Örtliche Angelegenheiten regelt weiterhin die Gemeinde. Aufgaben, wie Raumplanung, ÖPNV, Wirtschaftspolitik und Außenvertretung, werden an eine höher gelagerte Instanz abgeben, z.B. an eine Regionsversammlung. So kann das Territorium den interkommunalen Aufgaben angepasst werden, ohne gewachsene Strukturen zu zerstören. Dies würde nicht zu einer einseitigen Belastung der Kernstadt, d.h. Potsdam, führen. Im Gegenteil – viele Schultern tragen die Aufgaben. Durch gemeinsames Arbeiten entfallen Parallelzuständigkeiten, Instanzenwege können abgekürzt werden und die Vereinheitlichung der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen wäre ein zusätzlicher Anreiz für Investoren. Die Außendarstellung und die Vermarktungschancen der gesamten Region verbessern sich so.

Die Gemeindegebietsreform löste nicht die Probleme, sie brachte neue mit sich und verschob die vorhandenen lediglich um einige Kilometer landeinwärts. Der Gesetzgeber wäre klug beraten, wenn er jetzt nach Lösungen sucht, die auf Dauer die Spannungen zwischen der Kernstadt und ihrem Umland lösen. Die „Region Potsdam“ wäre/ist eine Möglichkeit.

Sascha Krämer

Drei neue „Stolpersteine“ in Potsdam

Stolpersteine sind Zeichen des Erinnerns. Wer jemals unerwartet auf die kleinen Messingplatten vor einer Hausfassade in Potsdam stößt, kann sich ihrer Wirkung nicht entziehen: Ein Blinken im Bürgersteig - man bleibt stehen, bückt sich, liest einen oder mehrere Namen, die Geburts- und Todesdaten einer Frau ,eines Mannes oder eines Kindes. Man hält inne, für einige Augenblicke spürt man ein Entsetzen, bis der Verstand es erfasst: Aus diesem Haus sind Bewohner während der Nazizeit verschleppt worden. Hier liest man keine anonymen Zahlen, hier wird an individuelle Schicksale erinnert. Die meisten wurden in Konzentrationslagern ermordet, nur wenige kamen zurück.

Die Landeshauptstadt Potsdam beteiligt sich seit 2008 an der 2003 vom Kölner Künstler Gunter Demnig ins Leben gerufenen Aktion „Stolpersteine - ein Kunstprojekt für Europa“. Mittels „Stolpersteinen“ wird auf die Schicksale von Opfern des Nazi-Terrors, von Rassenwahn, Intoleranz und Euthanasie aufmerksam gemacht. Die persönlichen Lebensgeschichten der ansonsten oft namenlosen Opfer und die historischen Ereignisse in der Stadt werden damit visuell erkennbar gemacht.

Auch in Potsdam löschte die Shoa die einstmals einflussreiche, gesellschaftlich aktive jüdische Gemeinde vollständig aus. Erst am 21. März 1991 erlebte Potsdam eine Neugründung.

In der Landeshauptstadt Potsdam wurden bereits 22 Steine verlegt, am 5. Mai 2013 konnten aufgrund der Recherche der Schülerinnen und Schüler der Voltaire-Schule drei weitere Steine verlegt werden - für Marta und Julius Back, die mit ihren drei Kindern in der Ebräerstraße 4 wohnten, und für Paul Wallich vor der Villa Schöningen.



Isabel Semer (l.) und Marian Zwink von der Voltaireschule vor der Ebräerstraße 4.



Die Verlegung der Stolpersteine hatte der Künstler Gunter Demnig persönlich übernommen.

Ebräerstraße 4 – hier lebten Julius Back und seine Frau Marta

Julius Back wurde am 25.09.1868 als erstes Kind seiner Eltern in Wronke, Posen, geboren. Seine Kindheit und die ersten Jahrzehnte seines Lebens verbrachte er in seiner Heimatstadt. Dort lernte er seine spätere Frau Marta kennen. Sie wurde am 11.01.1873 ebenfalls in Wronke geboren. Die beiden heirateten dort am 17.08.1898 und kaum ein Jahr später, am 04.06.1899, kam ihr erstes Kind, Sohn Kurt, zur Welt. Später folgten die Töchter Margarete und Margot.

1922 eröffnete das Ehepaar die Bäckerei in der Brandenburgerstr. 22 in Potsdam. Bis 1932 lebten sie auch dort. Nach Aufgabe des Geschäftes zog das Ehepaar in die Kupferschmiedsgasse 4. Dort war von 1748 – 1763 das erste jüdische Gemeindehaus Potsdams. Damals hieß die Straße Ebräerstraße und wurde 1934 im Nationalsozialismus umbenannt. Seit 1993 heißt die Straße wieder Ebräerstraße.

Die Töchter Margarete und Margot hatten inzwischen geheiratet. Beide konnten ausreisen. Kurt Back gelang die Flucht nach Bolivien. Am 12.03. 1940 stellten Marta und Julius Back ebenfalls einen Ausreiseantrag. Doch die bolivianische Regierung nahm immer weniger Juden auf. Am 23.10.1941 erließ die NS-Regierung das vollständige Auswanderungsverbot fur Juden. Nach missglückten Versuchen zu fliehen, wurde das Ehepaar in das Sammellager im Jüdischen Altersheim in Babelsberg, Bergstr.1, zur Deportation umgesiedelt. Am 30.09.1942 mussten die beiden die so genannte Vermögenserklärung ausfüllen, um dann am 03.10.1942 nach Theresienstadt deportiert zu werden. Es war der dritte „große“ Alterstransport und sie trugen die Transportnummern I/71-9143 und I/71-9144. Wenige Wochen später, am 19.12.1942 starb Julius Back im Alter von 74 Jahren an den Folgen der Haft. Marta kam am 05.02.1945 bei einer Austauschaktion von Juden gegen Devisen in die Schweiz. Sie lebte in Freiheit bis 1962.

Paul Wallich und die Villa Schöningen

Paul Wallich war ein deutscher Bankier. Der Sohn Hermann Wallichs (1833–1928), einer der Gründungsdirektoren der Deutschen Bank, studierte Philosophie und Nationalökonomie in Freiburg und München. Anschließend sammelte er Arbeitserfahrungen bei verschiedenen deutschen und internationalen Bankhäusern. Ab 1910 arbeite Wallich als Bankier in Berlin. Er wurde Mitinhaber der Berliner Handelsgesellschaft und später des Frankfurter Bankhauses J. Dreyfus & Co., dessen Berliner Dependance er bis zur „Arisierung“ der Bank durch Merck, Finck & Co. Anfang 1938 leitete.

Wallich wurde in der Villa Schöningen in Potsdam geboren, die sich seit 1871 im Besitz der Familie befand. Ab 1910 bewohnte Wallich die Villa während der Sommermonate. Eines der Hobbys Wallichs war Segelsport, zudem war er ein leidenschaftlicher Büchersammler.

Paul Wallich, der jüdischer Abstammung war, gehörte der „Gesellschaft der Freunde“ (jüdischer Hilfsverein) an bis zu ihrer zwangsweisen Auflösung 1935. Nach den Novemberpogromen verübte Wallich am 11. November 1938 in Köln im Alter von 56 Jahren Suizid. Seine Ehefrau und seine drei Kinder verließen in den 1930er Jahren Deutschland, darunter Henry C. Wallich (1914–1988), der später Professor für Ökonomie an der Universität Yale wurde.

Stolpersteine in Potsdam

Die Landeshauptstadt Potsdam beteiligt sich seit 2008 an der Aktion „Stolpersteine“. Mit Gedenktafeln aus Messing, in den Bürgersteig vor ihrem letzten, selbst gewählten Wohnsitz eingelassen, wird auf die Schicksale von Opfern des Nazi-Terrors, von Rassenwahn, Intoleranz und Euthanasie aufmerksam gemacht. Inzwischen erinnern in Potsdam 25 „Stolpersteine“ an die tragischen Schicksale ehemaliger MitbürgerInnen.

In Potsdam-Mitte:

Friedrich-Ebert-Straße 113 (1) und 13 (1);
Platz der Einheit 2 (1);
Brandenburger Straße 19 (1);
Gutenbergstraße 61 (1);
Kiezstraße 10a (1);
Ebräerstraße (2).

In der Jägervorstadt:

Jägerallee 8 (1) und 25 (2);

In der Berliner Vorstadt:

Ludwig-Richter-Straße 30 (3);
Berliner Straße 53 (1) und 86 (1);

In Babelsberg:

Karl-Marx-Straße 8 (3);
Körnerweg 4 (2);
Alt Nowawes 36 (2) und 116 (2)



Erinnerung an die Familie Back in der Ebräerstraße 4.

Grüne Welle für Breite Straße gefordert!

Um das Elend der alltäglichen Verkehrsstaus in der Potsdamer Mitte einzudämmen, haben wir den Oberbürgermeister mit Antrag 13/SVV/0236 aufgefordert, die Koordinierung aller Lichtsignalanlagen der Breiten Straße von der Langen Brücke bis zur Zeppelinstraße derart zu optimieren, dass ein angemessener Verkehrsfluss erzielt wird. Nach kontroverser Diskussion stimmten 13 Stadtverordnete für den Antrag und 19 gegen den Antrag. Die Gegenstimmen verteilten sich auf die Fraktionen SPD, CDU, BüBü und Grüne. Nachfragen von Bürgerbündnis und CDU bestätigten die Bedeutung unseres Anliegens. Herr Klipp räumte dabei auch ein, dass sehr wohl noch Potential für Nachjustierung von LSA bestehen würde, er es jedoch für unnötig empfindet, dies zu nutzen. Im Gegenteil, er wünscht die Ampeln zur Bremsung und Disziplinierung des Autoverkehrs zu nutzen. Er hofft, auf diesem Wege Autofahrer zu vergrämen und zum Umstieg auf Fahrrad oder Straßenbahn zu zwingen! Dass dabei Rettungsfahrzeuge und Busse im Stau stehen, stört ihn nicht. Ebenso wenig akzeptiert er ein notwendiges Verkehrsbedürfnis von Einwohnern, Wirtschaftstreibenden und Touristen. Die Verwaltung hat uns bereits bei der vor Jahren erfolgten Absperrung der Friedrich-Ebert-Straße verkehrsfachlich falsch beraten. Auch die Eröffnung der Baustelle Breite Straße vor Fertigstellung des zweiten Havelübergangs Humboldtbrücke erfolgte ohne Not und Sachverstand. Fachgutachten von Verkehrsexperten, die vor Überlastung gewarnt haben und vertiefte Untersuchungen zur Bewältigung des Problems empfohlen haben, versucht man zu unterdrücken.

Bei etwas gutem Willen besteht jedoch sehr wohl die Möglichkeit, den Querverkehr der Schopenhauerstraße und der Dortustraße etwas zu drosseln und einen einigermaßen erträglichen Verkehrsfluss der Breiten Straße bis zum Leipziger Dreieck zu bewirken. Leider reagierten die Stadtverordneten nach nervenden Debatten zu anderen Themen am Abend mehrheitlich unüberlegt. Deshalb werden wir im Interesse der Potsdamer das wichtige Thema in anderer Form erneut zur Sprache bringen.

Dipl.-Ing. Ralf Jäkel

Rathausreport live im Bürgertreff Waldstadt II

„Vorsicht und gegenseitige Rücksichtnahme“

Interessenten gab's genug und auch Stadtverordnete der LINKEN zum turnusgemäßen Politikfrühschoppen der Linkspartei am 12. Mai 2013 im Bürgertreff in Waldstadt II. Erster Schwerpunkt war – auch schon traditionell – die breite Information zur jüngsten 43. Stadtverordnetenversammlung. Ganze 84 Tagesordnungspunkte hatte diese Sitzung auf dem Programm. Im Mittelpunkt standen natürlich Inhalte und Beschlussfassung zum städtischen Haushalt 2013/14 (siehe auch Seite 5). Gast auf dem Frühschoppen war der Koordinator für Mobilität und Klimaschutz der Stadt, Axel Dörrie. In seiner Funktion als stellvertretender Bereichsleiter Stadtentwicklung und Verkehrsentwicklung stellte Dörrie Teile des Radverkehrssicherheitskonzepts vor. Seine Hauptaussage war – trotz des jüngsten tragischen Unfalls einer jungen Stadtverwaltungsmitarbeiterin – dass „Radfahren in Potsdam sicher“ sei. Bereits 2011 wurde



mit der Erarbeitung des o. g. Konzepts begonnen. Ziel war und ist die Sicherung einer zukunftsfähigen Mobilität in der Stadt – eben auch für Radfahrer. In seinem Vortrag stellte der städtische Radfahrexperte umfangreiche Untersuchungen und daraus resultierende Statistiken vor. Und eben diese Statistiken beweisen laut Dörrie, dass Potsdam für Radfahrer sicher sei. Die Untersuchungen hätten ergeben, dass besonders Jugendliche und junge Erwachsen sowie sehr alte MitbürgerInnen an Radfahrunfällen beteiligt seien. Als erste Unfallursache seien problematische Sichtbeziehungen in Kreuzungsbereichen anzusehen. Hier sollen und müssen Veränderungen stattfinden. Doch wie in vielen Fällen, so trifft hier die alte Verkehrsregel zu, dass „Vorsicht und gegenseitige Rücksichtnahme“ entscheidend sein können, um Leben zu retten und zu bewahren – so Dörrie. *-bm*



AUSSTELLUNG IN STAATSKANZLEI

Im Rahmen von bundesweiten Aktionen rund um den Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung fand am 8. Mai 2013 in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg eine Informationsveranstaltung zur Inklusion statt. „Inklusion kann nur gelingen, wenn Menschen mit und ohne Behinderung gleichermaßen und barrierefrei am gesellschaftlichen und auch politischen Leben teilhaben können.“ erklärte der LINKE Bundestagskandidat Harald Petzold, der bereits am Tag zuvor an der Demonstration „Mittendrin statt nur dabei!“ des Behindertenverbandes Oberhavel in Oranienburg teilgenommen hatte. Für ihn sei das Engagement für eine inklusive Gesellschaft selbstverständlich und dürfe nicht auf Aktionstage beschränkt bleiben.

Üb' immer Treu und Redlichkeit

Der tägliche Stau auf der Breiten Straße nervt alle in Potsdam. Und das wird so bleiben, auch lange nachdem die Bauarbeiten abgeschlossen sein werden. Wozu das alles? Die Breite Straße wird verengt, damit die Kopie der Garnisonkirche am historischen Ort wieder erbaut werden kann. So steht es im Bebauungsplan und dafür werden gerade 3,8 Millionen Euro verbaut. Aus der Sicht des Verkehrs ist die Verengung aber auch eine Verkürzung der Abbiegespuren in die Dortustraße. Die werden zukünftig schnell überfüllt sein, so dass es häufig zu Rückstaus kommt. Das ahnt der gesunde Menschenverstand nach einem Blick auf die Planzeichnungen. Die Verwaltung für Stadterneuerung sagt aber, dass das nicht stimmt und dass eine Verkehrstechnische Untersuchung das zeigt. Auf Nachfrage wurde im Februar versprochen, dass die Studie dem Bauausschuss gesandt wird, aber dann gab es plötzlich sehr viele Gründe, warum das doch nicht geht. Erst eine Akteneinsicht im April brachte für einen kurzen Augenblick Licht ins Dunkel. Die Untersuchung zeigt in schlichter Klarheit: das kann nicht gut gehen!

Das ist mehr als nur ein Ärgernis. Stadtverordnete sind auf die Informationen der Verwaltung angewiesen. Auf dieser Grundlage werden die demokratischen Entscheidungen getroffen. Stadtverordnete machen ihre Arbeit ehrenamtlich. Die meisten sind keine Polit-Profis. Manchmal gewinnt man eine Abstimmung, manchmal verliert man. So ist das halt. Es ist aber etwas anderes, wenn es um die Informationen geht, die die Vertreter der Verwaltung haben und nach denen Stadtverordnete fragen.

Natürlich müssen Gutachten im Kontext interpretiert werden und unterliegen Unsicherheiten. Aber hier klafft zwischen Verwaltungsaussage und Gutachten eine derart eklatante Lücke, dass das vertretbare Maß klar überschritten ist. Das Gefühl drängt sich auf, dass die Verwaltung die politische Meinungsbildung in eine genehme Richtung steuert. Das ist ein Vertrauensbruch, da man sich in Zukunft nicht mehr sicher sein kann, ob man eine wahre Auskunft erhält.

Was sind die Reaktionen? Rathaussprecher Klier beschwichtigt und lässt das Gutachten „fachlich prüfen“. Aber nicht das Gutachten war das Problem, sondern was die Verwaltung daraus gemacht hat. Baubeigeordneter Klipp kann kein Problem erkennen und wirft der Fraktion „Die Andere“ Abweichlertum von seinem alternativen Verkehrs-Dogma vor. Es scheint, er hat den Zusammenhang von Stau, Lärm, Stress und Feinstaub nicht begriffen. Die Stadtverordnete Hüneke behauptet, es gehe nicht um die Garnisonkirche, sondern die Schaffung von Aufenthaltsqualität an der Breiten Straße. Die erwartete Lärmbelastung von 75 dB bringt sie dabei nicht aus der Ruhe. Von der zuständigen Verwaltung kein Sterbenswörtchen. Erst nach wiederholter Erinnerung wurde die Studie versandt. Aber zunächst eine neue Erstellte, die auf Ende März datiert ist und darin sind die Annahmen und Schlussfolgerungen andere. Erst auf weitere Nachfrage wurde die ursprüngliche Untersuchung versandt. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Wir stehen vor einem Rätsel. Es wird Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um diese Kirche zu bauen, aber keiner bekennt sich dafür. Von den Stadtverordneten ist mir noch keiner untergekommen, der wirklich für die Garnisonkirche ist. Wird sie je gebaut? Beim gegenwärtigen Spendenstand wohl nicht. Man gewinnt den Eindruck, dass sich die Stadt immer tiefer in einen Irrsinn hinein ziehen lässt, bei dem das Ende noch nicht ab zu sehen ist. Aber noch stehen genügend Alternativen offen.

Dr. Nicolas Bauer,
Fraktion „Die Andere“ und
Mitglied im Bauausschuss

„Bildet euch eine eigene Meinung“

Schüler des Leibnizgymnasiums und junge Politiker im Talk im Jugendklub 18 am Stern

Der Saal war proppevoll im Jugendklub 18. Ganze drei zehnte Klassen besetzten die Zuschauertribühnen. Der Anlass: Jungwähler trafen auf junge Politiker. „Das Leibnizgymnasium bringt die verantwortliche Generation von morgen mit. Die Politiker die praktische Erfahrung des täglichen politischen Geschäfts“, so stand es u. a. in der Pressemitteilung zu diesem Polittalk. Die beiden 16-jährigen Moderatoren begrüßten David Kolesnyk (SPD), Norbert Müller (DIE LINKE), Lars Eichert (CDU) und den Landesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Benjamin Raschke. In ihrem Jahrgang halte sich das Interesse für Politik in Grenzen, legten die beiden jungen Moderatoren vor. Und: „Wir hoffen, dass sich das bei solchen Talkrunden wie heute ändert.“

Bei allem postulierten Desinteresse – die von den Moderatoren und einigen Schülern aufgeworfenen Fragen waren doch interessant für die SchülerInnen, meinen wir. Schließlich gehören sie im nächsten Jahr aufgrund des in Brandenburg geltenden Wahlrechts mit 16 zu Mitentscheidern bei den 2014 anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen. Da ging es also in der Talkrunde auch um dieses Wahlrecht, um „Sinn oder Unsinn“ vom Abitur nach 12 Schuljahren, um den Ausstieg aus der Atomkraft und steigende Strompreise, um den Einsatz der Bundeswehr beispielsweise in Afghanistan und letztlich um die Motivation für eigenes politisches Engagement.



Norbert Müller in Aktion.

Zu Letzterem waren sich alle vier Politiker einig. Sie forderten die Jugendlichen auf, selbst politisch aktiv zu werden. Norbert Müller appellierte: „Denkt nach, fordert eure Interessen aktiv ein und bildet euch eine eigene Meinung.“

Relativ einig waren sich die Politiker auch beim Thema Abitur nach der 12. Klasse: Das eingesparte 13. Jahr mache zwar den Weg zum Studium zeitlich früher frei. Aber der Unterrichtsstoff sei zu verdichtet, so dass kaum noch freie Zeit bleibe, sich z. B. gesellschaftlich aktiv zu betätigen.

Die Wahl mit 16 begrüßten auch alle Politiker. Norbert Müller: „Auch durch das Wahlalter wird gegen Politikverdrossenheit vorgegangen. Junge Leute können und sollen mit entscheiden.“ Sie seien reif genug.

Einzig beim Thema Bundeswehreinsatz trennte sich die Spreu vom Weizen. Während die Vertreter der CDU, SPD und Bündnis90/Grüne für einen solchen Auslandseinsatz wie den in Afghanistan stimmten, sprach sich der LINKE-Bundestagskandidat prinzipiell gegen solche Kriegseinsätze und weiter gegen deutsche Waffenexporte in Kriegsgebiete aus.

Alles in allem war das eine interessante zweistündige Talkrunde. Und der Jugendklub sowie das Leibnizgymnasium sind gut beraten, wenn sie – wie geäußert – solche Runden im Superwahljahr 2014 wiederholen wollen. *-bm*



Der Jugendklub war proppevoll.

Entwurf der Tourismusabgabe muss nachgebessert werden

Die SPSG möchte laut Medien nicht, dass ihre Unternehmen an der Tourismusabgabe beteiligt werden und sie möchte bereits in zwei Jahren über eine Erhöhung der städtischen Abführungen diskutieren. Eine Frechheit, die SPSG wird immer dreister. Statt einmal darüber nachzudenken, wie sie mehr Einnahmen generieren kann, hält sie einfach nur die eine Hand auf, um mit der anderen der Öffentlichkeit die Pistole auf die Brust zu setzen. Es kann doch nicht sein, dass ihre Unternehmen, die wesentlich vom Tourismus profitieren, von der Abgabe befreit werden sollen und dass sie jetzt schon über eine Preiserhöhung nachdenkt und null Kompromissbereitschaft zeigt. Hier müssen die Abgeordneten und der OB standhaft bleiben. Es geht um einen fairen Interessenaustausch zwischen den Interessen der Potsdamer und denen der Stiftung.

Nun liegt der Entwurf zur Tourismusabgabe im Haupt- und Finanzausschuss. Das heißt, er kann noch weiter qualifiziert werden. Man könnte die Zonen, die wenig die Realität darstellen, abändern und ein System, bei dem die Hauptlast bei denen liegt, die hauptsächlich vom Tourismus profitieren. Die Bagatellegrenze sollte erhöht werden, damit Nutzen und Aufwand in einem gerechten Verhältnis stehen. Kleine Unternehmen, die die unternehmerische kulinarische und touristische Vielfalt darstellen, sollen mit Augenmaß behandelt werden und nicht an den Rand ihrer wirtschaftlichen Existenz gedrängt werden. Eine weitere Möglichkeit wäre, die Umsatzgrenze zu erhöhen. Wir können auch darüber nachdenken, geförderte Existenzgründungen auszunehmen bzw. ihnen eine zwei Jahre Schonfrist zu geben – dies ist ein gängiges Verfahren bei Beitragserhebungen. Was wir jetzt brauchen, ist eine sachliche Debatte aller Beteiligten, denn die Zeit drängt. Steht die Satzung nicht bis zum 31.7. 2013, dann gibt es einen Parkeintritt.

Sascha Krämer,
Kreisvorsitzender DIE LINKE.Potsdam

INKLUSION ja – aber richtig

Es ist eines der ambitioniertesten Schulreformprojekte der letzten Jahrzehnte. Ziel ist es, die 2009 von Deutschland ratifizierte UN-Konvention zu den Rechten von Menschen mit Behinderung und deren Anspruch auf gleichberechtigten Zugang zu Bildung umzusetzen. Diese Konvention ist damit für alle Länder und Kommunen bindend. In Brandenburg sollte dieser Prozess der „Schule für alle“ bis 2015 umgesetzt werden. Doch die entsprechend geplante Änderung des Schulgesetzes wurde vorerst verschoben. Die Rechtsgrundlagen für die inklusive Schule sollen damit erst nach der Landtagswahl 2014 geschaffen werden. Zu viele Fragen über die konkrete Umsetzung der Schulreform blieben bis dato unbeantwortet. Wie können die Kinder in den neuen Schulen konkret gefördert werden? Sind die inhaltlichen Schwerpunkte der Lehrerausbildung für alle Altersgruppen ausreichend? Ist die Gebäudebeschaffenheit oder Transportmöglichkeit der Schulen entsprechend? Wie geht es nach der Schulausbildung weiter und wie kann der Übergang Kita – Schule entsprechend gestaltet werden?

Ein Bündnis aus Behinderten-, Eltern-, Schul-, und Wohlfahrtsverbänden startete die Kampagne „Inklusion ja, aber richtig!“. Organisiert vom AWO-Bezirksverband Potsdam, wurde am 6.05.2013 die Auftaktveranstaltung im Potsdamer Kongress Hotel durchgeführt. 140 TeilnehmerInnen konnten sich bei Referaten zu aktuellen Themen informieren und im „World Café“ Workshopverfahren eigene Ideen formulieren. Weitere Veranstaltungen folgen bis September in verschiedenen Städten in Brandenburg. Die Ergebnisse werden der Landesregierung bei der Abschlussveranstaltung am 26.09.2013 im Potsdamer Kutschstall vorgestellt. Weitere Informationen unter: www.awo-potsdam.org/inklusion

Matthias Lack KV

Unverständliche Politikersprache entmutigt Jugendliche

Eine Befragung von mehr als 30.000 Jugendlichen zwischen 16 und 19 Jahren ergab 2011, dass Jugendliche sich für Politik interessieren, aber die Sprache der Politiker häufig nicht verstehen. Fast zwei Drittel meinen sogar, dass Politiker absichtlich abgehoben sprechen (Beispiel „negatives Wachstum"), so dass viele Jugendliche sich getäuscht fühlen und resignieren. Sprache müsse zum Austausch einladen. Im Politikunterricht wünschen sich rund 80 Prozent mehr aktuelle Themen.

Gegenüber 76 Prozent der männlichen Jugendlichen geben nur 53 Prozent junge Frauen ein hohes politisches Interesse an – möglicherweise, weil die Sprache der Politik von Wettbewerb und Aggressivität geprägt ist und Harmonie und Verständigung ihnen wichtiger sind. Rund ein Drittel verzichtet auf politisches Engagement, weil man ohnehin nichts ändern könne; je niedriger der Bildungsgrad, desto verbreiteter ist diese Haltung.

Diese Botschaften übermitteln die befragten Jugendlichen:

An die Politiker: Frei und verständlich reden, nicht hinter dem „Wir" verstecken.

An die Medien: Sachlich zeigen, worum es wirklich geht, statt Floskeln und aggressive Shows zu übernehmen.

An die Schule: Demokratie erlernen mit früherem Politikunterricht und dem Üben von Entscheidungen

Interessante Details zur Studie „Sprichst du Politik?" von Berliner Studierenden in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung gibt's hier: www.sprichst-du-politik.de

Jugend? Macht! Politik – JUMP

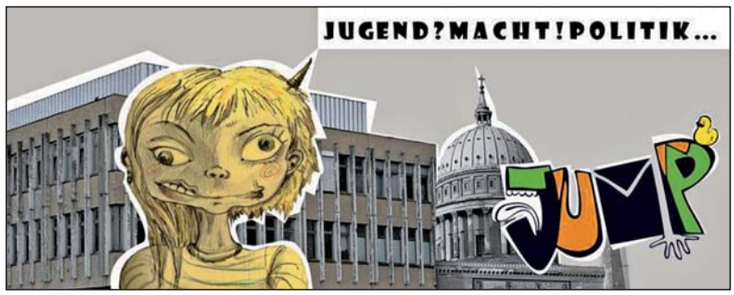
Stadtjugendring Potsdam e. V. hat dreimonatiges Beteiligungsprojekt für Jugendliche abgeschlossen

Der Stadtjugendring Potsdam e. V. schloss am 23. April 2013 sein etwa 3-monatiges aktuelles Beteiligungsprojekt JUMP für Potsdamer Jugendliche zwischen 12 und 21 Jahren mit einer großen kostenlosen messeähnlichen Veranstaltung im Schaufenster der Fachhochschule Potsdam ab. Ziel des Projektes war, mit Jugendlichen darüber ins Gespräch zu kommen, wie Jugend und Politik zusammen passen und wo Jugendliche selbst politisch aktiv werden und auch etwas bewirken können. Sie sollten ermutigt werden, sich selbst zu engagieren und ihre Meinung in die lokale Politik mit einzubringen. Dabei wurde ihnen aber auch gezeigt, dass ihre Stimme ernst genommen und erhört wird und natürlich, dass politisches oder gesellschaftliches Engagement auch Spaß und Erfüllung mit sich bringt.

Themen waren u.a. das Wahlalter „ab 16" in Brandenburg, die Einführung eines Jugendparlaments in Potsdam oder kreative Protestkultur vom Spartacus Potsdam. Auch ein Wettbewerb wurde angeboten, bei dem sich die Jugendlichen mit ihren politischen Forderungen und Vorstellungen kreativ auseinandersetzen konnten, z. B. indem sie sich ihre eigene Jugendpartei „bastelten".

Der Stadtjugendring wollte mit dem Projekt, dem Workshops in Potsdamer Jugendclubs und eine Roadshow mit dem Maskottchen, der gelben Riesen-Ente „Agathe" vorangingen, auch erarbeiten, welche Themen für die Jugendlichen gerade wichtig sind. Jugendliche können auch über das Projekt hinaus vom Stadtjugendring betreut werden, wenn sie aktiv werden wollen.





Höhepunkt der Abschluss-Veranstaltung war eine moderierte Talkshow mit Vertretern der Jugendverbände Linksjugend [´solid], JuSos, Grüne Jugend, Junge Union, Junge Liberale und Junge Piraten. Für die Linksjugend saß dort unser Bundestagsdirektkandidat Norbert Müller auf dem Podium und diskutierte mit über Jugendbeteiligung und das im Zuge des 12-Jahres-Abiturs zwar nicht schwindende Interesse, aber die schwindende Zeit für ehrenamtliches Engagement.

Weitere Informationen und auch ein Video der Veranstaltung finden sich unter www.jugendmachtpolitik.wordpress.com

Tina Lange

Zwei Jahre freiLand – Eine Erfolgsgeschichte

Das freiLand Potsdam, welches im April 2011 eröffnet wurde, ist eine Bereicherung für Potsdam, insbesondere die jüngeren Potsdamerinnen und Potsdamer. Nach einigem politischen Hin und Her war es wesentlich auch der politischen Initiative der LINKEN zu verdanken, dass dieser Freiraum für junge Menschen entsteht, der zugleich das größte selbstverwaltete Kulturzentrum Potsdams ist. Schon der große Eigenanteil engagierter Jugendlicher zeigt, dass die Aktiven mit viel Herzblut dabei sind.

Die Verdrängung der Jugendkultur aus der Innenstadt, die dem vorausging, konnte endlich wieder behoben werden. Im freiLand in seiner jetzigen Form finden sich die unterschiedlichsten Veranstaltungsformate, von der sehr beliebten DJ Lounge am Mittwoch über Festivals bin hin zu Feierlichkeiten zum 08. Mai. Das freiLand schafft es damit, eine Anlaufstation für junge Menschen zu sein und zugleich vielen Menschen eine Plattform für verschiedenste Aktivitäten zu bieten, von denen letztendlich die Ausstrahlungskraft der ganzen Stadt profitiert. Vor allem ist das freiLand aber auch ein Gegengewicht zur kommerziellen Klubkultur, wie sie in Potsdam eher anzutreffen ist. Jedoch steht Potsdam immer auch im Vergleich zu Berlin, und die vergleichsweise geringe Attraktivität des Potsdamer Nachtlebens ist für viele Studierende ein gewichtiger Grund, eben doch nach Berlin zu ziehen. Dem setzt das freiLand ein attraktives kulturelles Angebot entgegen, welches zugleich offen, basisdemokratisch und antifaschistisch ist.

Die Unkenrufe bürgerlicher Parteien gegenüber dem freiLand, gerade in der Anfangszeit, sind einer Akzeptanz gewichen. Auch dies ist ein Erfolg der Macherinnen und Macher. Die Potsdamer LINKE ist sehr erfreut, dass sich das freiLand so entwickelt hat, und wir werden dem Projekt auch weiterhin solidarisch zur Seite stehen, ebenso wie dem Archiv e.V.

Mahnmal „Befreiung" im „freiLand"

Seit dem 8. Mai 2013 – dem 68. Jahrestag der Befreiung" – ist Potsdam um ein wichtiges Mahnmal reicher. Auf dem Gelände des alternativen Jugendzentrums „freiLand" wurde an diesem Tag feierlich die Skulptur „Befreiung" des inzwischen verstorbenen Bildhauers Jürgen Raue eingeweiht. Das Denkmal, das an die Befreiung von Zwangsarbeitern durch die Antihitlerkoalition erinnert, war in den 1970er Jahren als Geschenk der DDR in der polnischen KZ-Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau aufgestellt



worden. Wie es in einer Erklärung hieß, wurde das Mahnmal „im Zuge einer Änderung des Gedenkstättenkonzeptes zerlegt und eingelagert".

Im Juni 2012 gelangte das Werk in den Bestand des Kunstarchivs Beeskow, wo es mit Spendenmitteln fachgerecht saniert worden ist. Der Aufstellungsort „freiLand" wurde unter anderem auch deshalb gewählt, weil an diesem Ort in den damaligen Potsdamer Arado-Flugzeugwerken Zwangsarbeiter ausgebeutet worden sind.

„Damit wir heute leben können“

Vor 68 Jahren erlebte die Menschheit am 8. Mai 1945 die militärische Zerschlagung des deutschen Faschismus. Dieses Datum markiert den Sieg der alliierten Streitkräfte über das menschenverachtende Regimes des Hitler-Faschismus.

Es waren vor allem die Angehörigen der sowjetischen Armee, die die Hauptlast des Krieges trugen. Es waren die Partisanen und Widerstandskämpfer in allen vom deutschen Faschismus okkupierten Ländern, die ihr Leben einsetzten für die Freiheit ihrer Heimat. Teil dieser Antihitlerkoalition waren auch deutsche Antifaschisten, die illegal in Deutschland, in den Reihen der Partisanen oder gemeinsam mit den alliierten Streitkräften für die Befreiung ihres eigenen Landes kämpften.


Die Kinder der „Integrazia“-Kunstschule.

Der 8. Mai 1945 ist damit der Tag der Befreiung für alle vom deutschen Faschismus bedrohten Völker, für die Inhaftierten der faschistischen Konzentrationslager, die noch in der Agonie des NS-Regimes auf Todesmarsch geschickt worden waren, für die Zwangsarbeiter, die in verschiedenen Formen Sklavenarbeit für die deutsche Industrie, die Landwirtschaft und Kriegswirtschaft leisten mussten, für die Nazigegner in Deutschland selber.


Bundestagskandidat Norbert Müller (DIE LINKE) legte ebenfalls ein Gebinde nieder.

Die gemeinsame Losung aller Antifaschisten hieß damals „Nie wieder!“ Und diese Losung vereinte auch in diesem Jahr am 8. Mai die PotsdamerInnen zur Kranzniederlegung am sowjetischen Ehrenmal am Bassinplatz.

Dabei waren auch die Kinder der Kunstschule „Integrazia“ des deutsch-russischen Vereins „Semljaki“. Und es bewegte die Anwesenden in besonderem Maße, als die Kinder die Lebensgeschichte ihrer Großeltern schilderten, die am Großen Vaterländischen Krieg teilgenommen hatten. „Unsere Großeltern haben gekämpft, damit wir heute leben können“, so die Kinder.

-bm

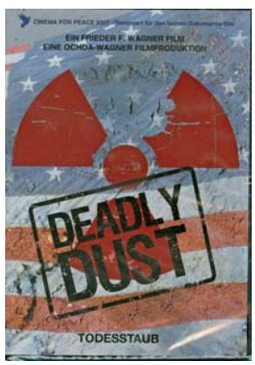
Deadly Dust – Todesstaub

Diskussion mit Regisseur Frieder Wagner und Jan van Aken, MdB/DIE LINKE

Am 15. Mai 2013 besuchte der Regisseur Frieder Wagner das Haus der Natur in der Potsdamer Lindenstraße. Er führte seinen Film „Deadly Dust – Todesstaub“ vor und stellte sich gemeinsam mit dem Abrüstungsaktivisten Jan van Aken (MdB, DIE LINKE) für eine anschließende Diskussion zur Verfügung.

Frieder Wagner ist ein deutscher Filmemacher und hat seit 1980 zahlreiche Filme als Autor, Kameramann und Regisseur hergestellt, die zweimal mit dem Adolf-Grimme-Preis und einmal mit dem Europäischen Fernsehpreis ausgezeichnet wurden. Im Jahr 1982 gründete er gemeinsam mit der Komponistin Elvira Ochoa die „Ochoa-Wagner-Filmproduktion“. Seit 1982 arbeitete er für die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten ARD, ZDF und WDR und entwickelte gesellschaftskritische, investigative Dokumentarfilme.

Im Januar 2007 wurde dann der Kinodokumentarfilm „Deadly Dust - Todesstaub“ veröffentlicht, der aus der WDR-Dokumentation „Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra“ hervorging. Die Uraufführung fand 2007 auf der Berlinale-Veranstaltung Cinema for Peace statt, wo er für den besten Dokumentarfilm nominiert war. Seitdem hat Wagner den Film auf 267 Veranstaltungen vorgeführt. Überall stieß der



Film auf positive Resonanz, jedoch hat Wagner seitdem keinen Auftrag mehr erhalten. Und bisher hat sich kein Filmverleih für den Film gefunden, was Wagner so begründet, dass der Film in vielfacher Hinsicht Kritik an der Politik und dem Militär übt und das Thema „Kriegsverbrechen Uranmunition“ sowohl in Deutschland als auch weltweit verschwiegen wird.

Der Film erzählt vom Einsatz der Uranmunition unter anderem in den Kriegen im Kosovo, in Bosnien und im Irak durch die Alliierten unter der Führung der USA. Der Film begleitet Professor Siegwart-Horst Günther, noch einmal in den heutigen Irak und das Kosovo und dokumentiert so den gefährlichen und außergewöhnlich mutigen Einsatz des heute 87-jährigen Arztes, dieses kaum bekannte Kriegsverbrechen, das verheerende Krankheiten besonders bei der Zivilbevölkerung verursacht, publik zu machen.

Der Film zeigt eindringlich, wie nach verschiedenen Kriegen außergewöhnliche Krankheitssymptome bei Kriegsveteranen aufkamen und nach genauer Untersuchung abgereichertes Uran als Verursacher der Symptome nachgewiesen werden konnte. Ebenso enthüllt der Film, wie die Alliierten mit allen Mitteln versuchen, die Nachforschungen zu verhindern oder sogar zu verfälschen.

Hannes Wader

Es ist an der Zeit

Weit in der Champagne im Mittsommergrün,
dort wo zwischen Grabkreuzen Mohnblumen blüh'n.
da flüstern die Gräser und wiegen sich leicht,
im Wind der sanft über das Gräberfeld streicht.
auf deinem Kreuz finde ich, toter Soldat,
deinen Namen nicht nur Ziffern und jemand hat
die Zahl 1900 und 16 gemalt und du warst nicht ein mal
19 Jahre alt.
Refrain:
Ja auch dich haben sie schon genauso belogen,
so wie sie es mit uns heute immer noch tun.
Und du hast ihnen alles gegeben,
deine Kraft, deine Jugend, dein Leben.

Hast du toter Soldat mal ein Mädchen geliebt?
Sicher nicht, denn nur dort wo es Frieden gibt,
können Zärtlichkeit und Vertrauen gedeih'n,
warst Soldat um zu sterben nicht um jung zu sein.
Vielleicht dachtest du dir, ich falle schon bald,
nehme mir mein Vergnügen wie es kommt mit Gewalt.
Dazu warst du entschlossen hast dich aber dann,
vor dir selber geschämt und es doch nie getan.
Refrain:
Ja auch dich haben sie schon genauso belogen...

Soldat gingst du gläubig und gern in den Tod?
Oder hast du verzweifelt, verbittert, verroht?
Deinen wirklichen Feind nicht erkannt bis zum Schluss,
ich hoffe es traf dich ein sauberer Schuss.
Oder hat ein Geschoss dir die Glieder zerfetzt,
hast du nach deiner Mutter geschrien bis zuletzt?
Bist du auf deinen Beinstümpfen weiter gerannt?
Und dein Grab, birgt es mehr als ein Bein, eine Hand.
Refrain:
Ja auch dich haben sie schon genauso belogen...

Es blieb nur das Kreuz als die einzige Spur,
von deinem Leben, doch hör meinen Schwur,
für den Frieden zu kämpfen und wachsam zu sein,
fällt die Menschheit noch einmal auf Lügen herein.
Dann kann es geschehn dass bald niemand mehr lebt,
niemand der die Milliarden von Toten begräbt.
Doch längst finden sich mehr und mehr Menschen bereit,
diesen Krieg zu verhindern, es ist an der Zeit.
Refrain:
Ja auch dich haben sie schon genauso belogen...

(vertont zu empfehlen:
auf Wader-CD und youtube)

„Wie weiter mit dem Verkehr in Potsdam?“

Die zukünftige Verkehrsentwicklung in Potsdam wird gegenwärtig sehr kontrovers diskutiert. Das Stadtentwicklungskonzept Verkehr befindet sich in der letzten Phase der Erarbeitung. Anita Tack, MdL und Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, sowie Stadtverordnete und DIE LINKE.Potsdam laden ein zu einer Podiumsdiskussion am Dienstag, 4. Juni 2013, 18.00 – 20.00 Uhr, in die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, Dortustraße 53, 1. Etage, 14467 Potsdam.

Im Rahmen der Veranstaltung werden von der Stadt Potsdam Grundzüge des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr und die Masterarbeit von Ina Glüsing zum Thema „GREEN DRIVE – eine empirische Untersuchung zur Beeinflussung der Verkehrsmittelwahl von Berufspendlern in Potsdam“ vorgestellt. Die Arbeit, die an der Frankfurter Europa-Universität Viadrina entstand, befasst sich u.a. mit Gründen und Präferenzen, die Autofahrerinnen und Autofahrer bewegen könnten, öffentliche Verkehrsmittel zu wählen und sich am Umweltverbund zu beteiligen. Die Autorin der Masterarbeit, Ina Glüsing, der Beigeordnete der Stadt Potsdam, Matthias Klipp, und Anita Tack werden Fragen der Verkehrssituation und -entwicklung erörtern.

24. Sommerfest DIE LINKE.Potsdam – Red Summer Day – Familienfest



Wie in den letzten Jahren, legen wir am 24.08.2013 einen besonderen Schwerpunkt in das Familienangebot beim Sommerfest. Auf einer Nachbarwiese, also in unmittelbarer Nähe der politischen Bühnen, wird zwischen 13.00 und 18.00 Uhr ein umfangreiches Programm für Familien und junge Menschen angeboten. So wird der Stadtjungendring mit seiner Aktionsfläche neben Hüpfburg zahlreiche Spiel- und Bewegungsangebote unterbreiten. Die Potsdamer Klinikclowns werden ihre Arbeit vorstellen und mit einigen „Work Acts“, wie es der moderne Clown nennt, für Heiterkeit sorgen. Die Handwerkermeister Paul Bochow und Markus Schmelzer werden ihre Gewerke, den Lehmbau und das Zimmern, für die kleinen Gäste erlebbar machen. Hier heißt es selber Lehmsteine formen und Holz bearbeiten. Ponyreiten, Akrobatik und Bogenschießen runden das diesjährige Familienprogramm ab.



Matthias Lack KV

Die „glutROTE Grilltour“ durch die Ortsteile



„Wo drückt der Schuh in den einzelnen Orten? Welchen Eindruck von Politik in Potsdam haben die Einwohner im ländlichen Raum?“, diesen und weiteren Fragen stellte sich der Ortsverband Potsdam-Nord der LINKEN auf einer „Grilltour durch die nördlichen Ortsteile im April und Mai. Unser Foto: Als Gesprächspartner standen in Marquardt bereit: Norbert Müller, Bundestagskandidat der LINKEN, Dr. Karin Schröter, SVV-Fraktion DIE LINKE, und OV-Vorsitzender Jan Hanisch.

Sudoku

			3	7	6			
5				8				2
	1						7	
	5	9				7	4	
4			5		8			6
	3	2				5	1	
	8						9	
2				9				7
			1	6	5			

Auflösung Mai

2	4	1	7	**5**	6	3	9	8
6	5	**9**	**4**	3	8	7	2	1
8	**3**	**7**	9	1	**2**	**6**	4	5
7	**2**	8	1	4	5	9	6	**3**
9	6	**4**	**2**	8	**3**	**1**	5	7
5	1	3	6	7	9	2	**8**	**4**
3	7	**2**	**5**	6	4	**8**	**1**	**9**
1	9	5	8	2	**7**	**4**	3	6
4	8	6	3	**9**	1	5	7	2

Reizvolle Schiffstouren auf Havel und Seen rund um Potsdam

Die Weiße Flotte Potsdam lädt im Sommer 2013 zu attraktiven Rundfahrten ein:

4-Stunden-Mondscheinfahrt mit Tanzmusik (Oldies mit Live-Band) am 8.6., 6.7., 27.7. und 7.9. jeweils von 19.30 bis 23.30 Uhr, 19 Euro, 3 Stunden.

River-Blues mit der „River Blues Band“ auf dem Dampfschiff „Gustav“ am 13.6., 27.6., 11.7., 25.7., 8.8., 22.8., 5.9., 19.9. jeweils von 19 bis 22 Uhr, 29 Euro, 3 Stunden.

Nächtliche Schlösserimpressionen – romantisches Spektakel am 21.6., 22.6., 12.7., 13.7., 2.8., 3.8., 16.8., 17.8., 23.8., 24.8. jeweils 20.30 bis 23.30 Uhr, mit Begrüßungsgetränk und wahlweise 3-Gang-Menü, 32 bis 47 Euro, 4 Stunden.

Palmenzelt goes Boat – mit DJ im Partyfieber am 29.6., 20.7., 10.8., 31.8., 14.9., 28.9. jeweils von 21 bis 1 Uhr, 15 Euro.

Für Kurzentschlossene stehen regelmäßige Linienfahrten im Programm (Abfahrt in Potsdam – Lange Brücke):

Die Havelseenrundfahrt mit den Stationen Potsdam – Forsthaus Templin – Caputh – Petzow – Ferch – Werder in der Hauptsaison bis 13.10., ab Potsdam ab 10:00, 10:30, 11:00, 13:00 und 15:00 Uhr ab 7 Euro, komplette Rundfahrt für 16 Euro.

Die Schlösserrundfahrt mit den schönsten Sehenswürdigkeiten in 90 Minuten, bis 3.11. täglich ab 11, 13 und 15 Uhr für 13 Euro, Familienticket 32,50 Euro. Die Große Inselrundfahrt – 4 Stunden rund um Potsdam (über Caputh – Geltow – Werder) bis 13.10. täglich 10:30 Uhr für 19 Euro, Familienticket 47,50 Euro. Die Wannseerundfahrt – in zwei Stunden über sieben Seen, Schlösser, Parks und Märchen-Villen, bis 13.10. täglich ab 14 Uhr für 14 Euro, Familienticket 35 Euro.

(Quelle: www.schiffahrt-in-potsdam.de)

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Montag, 03.06.2013, 14.30 Uhr:
„Jambo, Sansibar“ - eine fotografische Reise auf die kleine verträumte Insel im Indischen Ozean, deren Name allein schon verzaubert. *

Dienstag, 04.06.2013, 14.30 Uhr:
„Spiel mir eine alte Melodie ...“. Ein musikalischer Nachmittag. *

Sonnabend, 08.06.2013, 10.00 Uhr:
Dr. Norbert Podewin spricht zum Thema „17. Juni 1953“ – Bericht eines Zeitzeugen. Ort: Alleestraße 3.

Montag, 10.06.2013, 14.30 Uhr:
„Phantastische Tierwelt - der Lebenskampf in Afrikas Bergwelt“ - eine interessante Video-Reise mit Karl Kreutz. *

Dienstag, 11./12.06.2013, jeweils 18.00 Uhr:
„Mit Kamera und Kochbuch durch Indien – Kolkata und die Sunderbans“. Ingrid Püschel erzählt in ihren Filmen von ihren abenteuerlichen Reisen ganz allein durch Indien, von ihren persönlichen Erlebnissen und Begegnungen mit liebenswerten Menschen. Ort: Restaurant KASHMIR HAUS, Garnstr. 17, 14482 Potsdam *

Montag, 17.06.2013, 14.30 Uhr:
„Irland – die grüne Insel“. Herr Meister und Frau Püschel haben versucht, in ihren Fotos die heitere, melancholische, manchmal mystische Atmosphäre der Landschaft einzufangen. *

Dienstag, 18.06.2013, 14.00 Uhr:
„Musikalischer Rätselnachmittag zum Sommeranfang“ mit Manfred Bischoff. *

Montag, 24.06.2013, 14.30 Uhr:
„Filmnachmittag mit W. Oelschlägel“ *

Dienstag, 25.06.2013, 14.30 Uhr:
Potsdamer Stadtgespräche: „Historisches und Aktuelles“ mit Dr. Herbert Schlomm aus Zentrum-Ost. *

Sonnabend, 29.06.2013, ab 10.00 Uhr:
Die LAG LINKE Frauen veranstaltet gemeinsam mit dem Landesvorstand der LINKEN Brandenburg eine Frauenkonferenz zum Thema: „Brandenburg`s Zukunft ist weiblich“. Mit dabei: Die MdB Diana Golze, Kirsten Tackmann und Cornelia Möhring (1. Stellv. Fraktionsvors.) sowie Kornelia Wehlan (MdL, Kreisvors. Teltow-Fläming). Ort: Bürgerhaus „Am Schlaatz“ Schilfhof 28, 14478 Potsdam,

** Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Zentrum Ost, Edisonallee.*
*** Rosa-Luxemburg-Stiftung Potsdam, Dortustr. 53*